

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241  
Nur für Nachgelagerte: 20 011.

**Lebeck** KAKAO, SCHOKOLADE  
MARKE DREIRING  
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Mariehofstraße 35/40.  
Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. u. 24 bei Halbjährlich, 1. Juli, frei Haus 1,50 Geldmark. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die Spalte 30 Z. l. ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne  
Vollbezugspreis 1 Monat Septbr. 3 G. - W. Einzelnummer 15 G. - W. Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die Spalte 30 Z. l. ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne  
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersetzte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Hotel Bellevue

Nachmittagee; Mittag- und Abend-  
tafel auf der Terrasse im Garten  
und im Terrassensaal an der Elbe  
Bekanntes vornehme Tafelmusik

Jeden Mittwoch Abend  
**Reunion**

## Englische Propaganda gegen die Anleihe.

Die „Daily Mail“ versucht die Unterbringung der Anleihe unmöglich zu machen.  
Ermordung zweier Marokkaner in Ludwigshafen durch Zuchthäusler.

### Wachsende Schwierigkeiten der Bankwelt.

London, 6. Sept. In der Londoner City und in englischen Mätern geht der Kampf gegen die deutsche Anleihe mit unverminderter Stärke weiter. „Daily Mail“ benutzt dies, um lange Spalten mit den schärfsten Angriffen und anti-deutschem Propagandamaterial zu füllen. „Evening Standard“ enthält einen scharfen Angriff gegen die Gewährung einer Anleihe an Deutschland. Man kann direkt von einem Zeitungskrieg für und wider die deutsche Anleihe sprechen. Naturgemäß ist die Propaganda der mächtigen „Daily-Mail“-Gruppe nicht ohne Einfluss geblieben und es ist nicht zu verkennen, daß dadurch die Schwierigkeiten für die Bankwelt zur Unterbringung der Anleihe von Tag zu Tag wachsen. Da die Konjunktur nur auf Versprechungen und nicht Realitäten beruht, so wird die Arbeit der „Daily-Mail“-Gruppe nur erleichtert, wenn sie immer wieder auf das ins Ausland geflüchtete deutsche Kapital als die normale Geldquelle für Deutschland hinweist.

### Mellon über die Gefährdung der Anleihe durch Sanktionen.

New York, 6. Sept. Der Staatssekretär des amerikanischen Schatzamtes Mellon ist heute aus Europa zurückgekehrt. Bei seiner Ankunft in New York erklärte er Pressevertretern, daß der Schlüssel für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa die Beseitigung des Ruhrgebietes sei. Der Staatssekretär betrachtete das Londoner Abkommen als eine gesunde Grundlage für das Zustandekommen der deutschen Anleihe. Er wies aber deutlich auf die Wichtigkeit von Sicherungen gegen die Wiederkehr gewalttätiger Eingriffe in die deutschen Souveränitätsrechte hin. Es ist in London verabredet worden, erklärte er, daß im Falle deutscher Verfehlungen feinerlei Schritte zur Eintreibung

von Zahlungen getan werden sollen, die irgendwie die Sicherheit der Anleihe beeinträchtigen könnten. Selbst wenn doch noch einmal die Wiederbesetzung des Ruhrgebietes sich als erforderlich erweisen sollte, würden die Erträge der Besetzung in erster Linie dem Zinsdienst der Anleihe zugute kommen.

Die Ausfuhrrechte, die von den finanziellen Interessenten Amerikas gewährt werden, würden an Höhe die Dawes-Anleihe für Deutschland noch übertreffen. Die Anleihe solle Deutschland in den Stand setzen, seine Verpflichtungen zu erfüllen und seine Kredite wiederherzustellen.

Ueber die Frage der alliierten Schulden sagte Mellon, es werde besser sein, zu warten, bis der Dawes-Plan einige Zeit in Wirksamkeit sei und die Schuldner-nationen Gelegenheit gehabt hätten, daraus Vorteile zu ziehen. Dann erst solle eine Anregung bezüglich der Zahlung der Schulden an Amerika gemacht werden. (W. T. U.)

### Ein New Yorker Kredit für das deutsche Kohlenfundial.

London, 6. Sept. Nach einer New York-Meldung aus New York sind die von einem Syndikat von 8 oder 10 Banken unter Führung der Equitable Trust-Company geführten Verhandlungen über einen Kredit von 10 Millionen Dollar für das deutsche Kohlenfundial so gut wie beendet. Die Sicherheit für den Kredit wird in einem Pfandrecht auf die Kohlenruben und die Kohlenvorräte bestehen. Ferner werden das Syndikat selbst und deutsche Banken die Bürgschaft übernehmen. (W. T. U.)

### Die Auflegung der deutschen Anleihe.

Berlin, 6. Sept. Seitens der Regierung wird anscheinend Wert darauf gelegt, festzustellen, daß die Mittelungen, wonach mit der Auflegung der Goldanleihe schon in diesem Monat zu rechnen wäre, nicht von ihr ausgehen. Sie stellt den Optimismus nicht, daß die Sache einen so raschen Verlauf nehmen werde.

### Der „neue Geist“.

In Genf herrscht Weltbrauchstimmung. Im Weltbrauch erscheint alles wie im Nebel. Die scharfen Umrisse verwischen sich, und die Nerven geraten in Schwingungen, die phantastische Vorstellungen erzeugen. Es wird ein seelischer Raubbauzustand verursacht, der für den Augenblick das Gefühl für die Wirklichkeit abtumpft. Von welcher die Sinne unnebelnder Beschaffenheit die in Genf herrschende Atmosphäre ist, geht insbesondere daraus hervor, daß die tosenden Weltkassette, von denen die Berichte melden, jedem Redner zuteil werden, ganz egal, welchen Standpunkt er vertritt. Wenn Macdonald sich gegen den Garantiepakt wendet und erklärt: „Erst Abrüstung, dann Sicherheit!“, brandet ein Meer von Jubel zu ihm empor. Und wenn Herriot für den Garantiepakt in die Schranken tritt und die umgekehrte These vertritt: „Erst Sicherheit, dann Abrüstung!“, so will die Begeisterung gleichfalls kein Ende nehmen. Die Pose macht alles in Genf, und darin ist Herriot Meister. Er schwört mit großer Heftigkeit, daß Frankreich unschuldig ist, und schmettert mit hinreichendem Pathos die Phrase in den Saal: „Das heute noch verwundete Frankreich kredit allen Ihren Väterländern die brüderliche Hand entgegen!“ Wer kann da widerstehen, dem auch nur etwas südliches Temperament inne-wohnt? So etwas wirkt auf gewisse Gemüter unfehlbar als Offenbarung eines „neuen Geistes“. Ähnliche Reaktionen zur Verweigerung des „neuen Geistes“, der plötzlich seit London über die Menschheit ausgegossen sein soll, finden sich auch außerhalb Genfs bei manchen Staatsmännern und Politikern sowie in einem Teile der Presse. Vornehmlich in den Organen der deutschen Sozialdemokratie und der Demokratie kann man genaugsam lesen, daß die Londoner Verhandlungen eine neue Atmosphäre geschaffen und einen „neuen Geist“ geboren hätten. Sogar die nüchternen Yankee gefallen sich in Ueberschwenglichkeiten. General Dames hat geäußert, die Ernennung eines nichtamtlichen amerikanischen Vertreters im Sachverständigenausschuß habe das Land vor unfahrbarer Schande bewahrt, der Amerika nicht entgangen wäre, wenn es nicht die Alliierten und Deutschland „auf den Weg zu Glück und Wohlfahrt gebolten hätte“. Man sollte eigentlich meinen, daß die Amerikaner am allerwenigsten Ursache hätten, auf ihre Politik Lobeshymnen anzustimmen, solange sie keinen ernstlichen Versuch gemacht haben, die feierlichen Zusicherungen ihres ehemaligen Staatsoberhauptes Wilson einzulösen und die schmähliche Täuschung, in die Deutschland verstrickt worden ist, aufzumachen.

Es wäre ja sicherlich mit der größten Freude von allen Deutschen ohne Unterschied der Partei zu begrüßen, wenn man von der Wirksamkeit des „neuen Geistes“ auch nur halbwegs überzeugt sein könnte, wenn man deutlich seinen Hauch verspürte und von der Morgenröthe der Völkerverständigung die ersten Strahlen erblickte. Deutschland scheint sich ehrlich und aufrichtig nach einer wirklichen Verständigung, die seinen Leiden ein Ende macht und ihm sowohl wie Europa dauernden Frieden gewährleistet. Zu oft aber sind wir getäuscht worden, zu oft haben wir den Widerspruch zwischen Worten und Taten kennengelernt, als daß man uns die äußerliche Skepsis verdenken könnte. Impulsive rednerische Ergüsse mit lockenden Sirenenklängen haben wir auch in der Vergangenheit schon genug gehört, nicht bloß von französischer Seite, sondern auch von hervorragenden Engländern, insbesondere Lord George. Schließlich kommt aber doch alles auf die praktische Auswirkung an, und deshalb müssen wir uns vor Augen halten, wie sich der gepriesene „neue Geist“ bis jetzt in Wirklichkeit geäußert hat.

Zunächst England. Dort macht sich ein steigendes Mißvergnügen über vermeintliche wirtschaftliche Bedrohungen durch den Dawes-Plan geltend. Zuerst schlen es, als wolle sich diese Mißstimmung gegen die auf Beherrschung des Weltmarktes gerichteten hochfliegenden Pläne der mächtigsten französischen Industrie wenden. Dann schwenkte die Rothermere-Presse aber plötzlich um und sandte ihre Pfeile gegen die deutsche Konkurrenz. Man mußte die öffentliche Meinung gegen Deutschland auf durch die Behauptung, daß die englische Kohlen-, Eisen-, Stahl- und Textilindustrie es wieder mit dem alten gefährlichen deutschen Wettbewerber wie vor dem Kriege auf dem Weltmarkt zu tun haben würde, nachdem die deutsche Wirtschaft durch die Anleihe wieder auf die Füße gestellt worden sei, und in Verfolg dieser Agitation wurde dann auch ein Feldzug gegen die Zeichnung der Dawes-Anleihe eröffnet. Nicht nur die Unternehmer, sondern auch weite Kreise der englischen Arbeiterschaft sind durch die Vor-

## Die Genfer Sicherheitsdebatte.

### Frankreich kündigt eine Einigung an.

(Durch Funkpruch.)

Paris, 6. Sept. Ueber die französische Auffassung der Lage berichtet der Sonderberichterstatter von Havas: Man kann sagen, daß der Abschluß von Abmachungen nicht nur zwischen Frankreich und England, sondern zwischen allen Delegationen über die folgenden drei Hauptpunkte bewirkt:

1. Annahme der Klauseln des obligatorischen Schiedsgerichts;
2. wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen;
3. Einberufung einer Entwaffnungskonferenz durch den Völkerbund.

Was das obligatorische Schiedsgericht anlangt, so geht die vorherrschende Ansicht dahin, daß der an der Spitze des Verfallener Vertrags stehende Pakt unvollständig ist, und daß es notwendig wäre, mehrere Klauseln hinzuzufügen, die das obligatorische Schiedsgericht hinanzurufen und einschränken. Der zweite Punkt über den Einmütigkeit erzielt zu sein scheint, bezieht sich auf die Notwendigkeit von Sanktionen. Es handelt sich darum, welcher Natur die Sanktionen sein würden. In dieser Hinsicht scheint bereits eine Vereinbarung festzustehen, die die Notwendigkeit wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen anerkennt. Offen bleibt die Frage der militärischen Sanktionen. Wenn man sich da an die Erklärungen der englischen Vertreter hält, so würde man auf die Hoffnung verzichten müssen, daß England jemals die Möglichkeit derartigen Sanktionen anerkennen wird. Aber Deneuch habe dargelegt, daß besondere regionale Vereinbarungen von jedem Verdacht frei würden an dem Tage, an dem die betreffenden Mächte, die die Verträge abgeschlossen haben, die Schiedsgerichts Klausel anerkannt hätten.

### Der französische Schiedsgerichtsvorschlag.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Genf, 6. Sept. Am späten Abend wird durch die schweizerische Agentur bekanntgegeben, daß unmittelbar nach der Rede Herriot's die französische Delegation offiziell den von Herriot angekündigten französischen Vorschlag zum Schiedsgerichtsvertrag dem Präsidium der Tagung überreicht hat. Die Franzosen schlagen vor, daß über die militärischen Sicherungen die Kommission berate und beschließen soll, und daß demjenigen Staat, der das Schiedsgerichtsverfahren vor Kriegsausbruch ablehnt, die militärische Macht der

im Völkerbund vertretenen Mächte gegenüberstehen soll. In Genf glaubt man noch nicht, daß damit schon der Weg zu einem Kompromiß gefunden sei.

### Belgien und die Annahme des Schiedsverfahrens.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Brüssel, 6. Sept. Der Brüsseler „Soir“ meldet aus Genf: Die belgische Delegation hat Freitagabend beschlossen, daß die militärischen und internationalen Sicherungen Belgiens an der Diskrepanz die Voraussetzung der Annahme des Schiedsgerichtsverfahrens durch Belgien sein müsse. Der Notterdamer „Courant“, dem wir diese Brüsseler Meldung entnehmen, fügt hinzu, daß würde die Ausführung der Rheinlandfrage auf der Völkerbundstagung bedeuten.

### Der englisch-französische Gegensatz.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Genf, 6. Sept. Die im Laufe des gestrigen Tages nach den Ausführungen Herriot's im Völkerbunde gehaltenen Reden — für Italien sprach Salandra, für Belgien Tschunis, für die Tschecho-Slowakei Beneš und für England nochmals Par-moor — enthielten noch deutlicher die Verschiedenheiten in der englischen und der französischen Auffassung hinsichtlich des Gedankens des Schiedsgerichts. Sie lassen sich kurz dahin kritisieren, daß England mehr Wert auf ideale, Frankreich auf materielle Sicherheiten legt.

Während Italien der englischen Auffassung uneingeschränkt zustimmt, die am stärksten in der Rede Par-moor's zum Ausdruck kommt, was Mut und Glauben für die Idee der Gerechtigkeit erfordert und das Schiedsgericht in den Vordergrund gestellt wird, treten Belgien und die Tschecho-Slowakei auf die Seite Frankreichs. Beneš legt entscheidendes Gewicht auf die Sicherheit durch Androhung von Sanktionen, und Belgien will nicht nur militärische Garantien, sondern für den Fall des Angriffs sofortige Hilfe zugesichert erhalten.

Die britische Delegation hatte gebittet, die kleinen Mächte für ihre Auffassung gewinnen zu können, doch sind hier die Meinungen ebenso geteilt, wie bei den großen und mittleren Mächten. Insofern ist die Behauptung derjenigen Konferenzmitglieder wohl berechtigt, die von einem Erfolge Herriot's sprechen. Dagegen macht sich die Meinung geltend, daß der französisch-belgische Pakt durch Macdonald's Ausführungen erledigt sei und England in der Frage des Schiedsgerichts den Sieg davongetragen habe.